Innovation und Datenschutz: Ein europäischer Weg zwischen Wettbewerbsfähigkeit und Grundrechten

Weniger Datenschutz, mehr Innovation? Ein neues Policy Paper der vom Fraunhofer ISI koordinierten Plattform Privatheit zeigt, warum diese einfache Formel zu kurz greift. Die Autor:innen plädieren stattdessen für einen europäischen Weg, der Innovationsfähigkeit und Wettbewerbsstärke mit Datenschutz, Selbstbestimmung und digitaler Souveränität verbindet. Die Erkenntnisse des Policy Papers stehen auch im Mittelpunkt der 11. Jahrestagung der Plattform Privatheit "Innovation, Wettbewerb und Werteorientierung: Datenschutz- und Digitalregulierung zwischen Innovationshemmnis und Standortvorteil", die am 8. und 9. Oktober 2026 in Berlin stattfindet.

Deutschland und Europa stehen vor der Herausforderung, ihre Position in strategischen digitalen Technologiefeldern zu stärken. In der politischen Debatte wird die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) dabei häufig als Innovationshemmnis bezeichnet. Das Policy Paper »Innovation, Wettbewerb und Werteorientierung« der vom Fraunhofer ISI koordinierten Plattform Privatheit geht dieser Frage auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse nach und untersucht, wie sich Datenschutz und digitale Innovation in Europa besser miteinander in Einklang bringen lassen.

DSGVO ist weder Innovationsbremse noch Standortvorteil

Ein zentrales Ergebnis lautet: Die Wirkung der DSGVO lässt sich nicht auf einfache Schlagworte reduzieren. Die vorhandene empirische Forschung hierzu zeigt vielmehr, dass Datenschutz Innovation weder grundsätzlich verhindert noch dass hohe Datenschutzstandards automatisch Wettbewerbsvorteile schaffen. Vielmehr hängen die Auswirkungen von Branche, Unternehmensgröße und Innovationstyp ab.

Besonders kleine und junge Unternehmen stehen häufig vor hohen bürokratischen und organisatorischen Hindernissen. Gleichzeitig weist die Forschung darauf hin, dass nicht die bloße Verfügbarkeit großer Datenmengen über den Erfolg datengetriebener Innovationen entscheidet. Wichtiger sind Datenqualität, Exklusivität und die Fähigkeit, Daten sinnvoll zu nutzen. Moderne Ansätze wie dateneffiziente KI-Verfahren oder datenschutzfördernde Technologien ("Privacy-Enhancing Technologies") eröffnen dabei neue Möglichkeiten, Innovation und Datenschutz miteinander zu verbinden.

Dr. Michael Friedewald vom Fraunhofer ISI und Koordinator der Plattform Privatheit erklärt hierzu: "Der ?Brüssel-Effekt? ist real: Europäische Datenschutzstandards wirken international als Maßstab. Der damit verbundene zusätzliche Aufwand trifft jedoch vor allem in Europa dominierende mittelständische Unternehmen, die über weniger Ressourcen verfügen. Gleichzeitig können große internationale Konzerne ihre Marktmacht nutzen, um innovative Anbieter von Privacy-Technologien aufzukaufen und dadurch ihre ohnehin starke Position weiter auszubauen."

Forschung braucht Rechtssicherheit statt Rechtsfreiheit

Die Autor:innen des Policy Papers betonen zudem, dass viele Herausforderungen weniger durch die DSGVO selbst entstehen als vielmehr durch unterschiedliche Auslegungen, mangelnde Harmonisierung und bürokratische Verfahren, insbesondere im grenzüberschreitenden Kontext.

"Die Debatte wird häufig so geführt, als müssten sich Europa und Deutschland zwischen Datenschutz und Innovation entscheiden. Die wissenschaftlichen Fakten führen jedoch zu einem differenzierteren Blick: Entscheidend sind Rechtssicherheit, praxistaugliche Verfahren und eine innovationsfreundliche Umsetzung bestehender Regelungen", erläutert Michael Friedewald.

Werteorientierte Innovation als europäischer Wettbewerbspfad

Aus Sicht der Autor:innen sollte Innovation nicht allein nach wirtschaftlichen Kriterien bewertet werden. Entscheidend sind auch gesellschaftliche Auswirkungen, demokratische Kontrolle und die Wahrung von Grundrechten. Datenschutz, IT-Sicherheit und digitale Souveränität könnten dabei zu wichtigen Merkmalen eines eigenständigen europäischen Innovationsmodells werden.

Das Policy Paper plädiert deshalb unter anderem für eine stärkere Förderung datenschutzfreundlicher Technologien, eine risikobasierte Entlastung kleiner und mittlerer Unternehmen, den Ausbau regulatorischer Reallabore sowie eine bessere Nutzung der bereits bestehenden Forschungsspielräume im Datenschutzrecht. Darüber hinaus sollten Innovationen stärker nach ihren langfristigen gesellschaftlichen Wirkungen bewertet werden.

Sechs Empfehlungen für einen europäischen Weg

Die Autor:innen leiten aus ihrer Analyse sechs zentrale Handlungsempfehlungen ab: Forschungsspielräume konsequent nutzen und zielgerichtet erweitern, Datenschutz als Design- und Innovationsprinzip stärken, kleinere Unternehmen durch risikobasierte Ansätze entlasten, Datenschutz- und Industriepolitik besser verzahnen, Regulierung als lernfähigen und regelmäßig überprüften Prozess gestalten sowie Regulierungen wie DSGVO und KI-VO gegenüber allen Marktteilnehmer:innen wirksam durchzusetzen, um echten und fairen Wettbewerb innerhalb der EU zu ermöglichen.

"Europa wird im internationalen Wettbewerb nicht erfolgreicher, indem es eigene Werte aufgibt", so Michael Friedewald. "Reformbedarf besteht vielmehr bei der praktischen Umsetzung: Verfahren müssen einfacher, Regelungen einheitlicher ausgelegt und insbesondere kleine und mittlere Unternehmen gezielt entlastet werden, ohne das Schutzniveau abzusenken. Hier muss die Politik nachsteuern, damit Datenschutz, technologische Innovation und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu einem gemeinsamen europäischen Innovationsweg werden."

Über die Plattform Privatheit

In der vom Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt geförderten Plattform Privatheit untersuchen Expert:innen interdisziplinär, kritisch und unabhängig Fragestellungen zu Privatheit und Datenschutz in der digitalen Welt. Die Plattform Privatheit wird vom Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung und dem Wissenschaftlichen Zentrum für Informationstechnik-Gestaltung an der Universität Kassel koordiniert.